

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

43. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses - Videokonferenz -

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.05.2020
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:06 Uhr
Ort, Raum:	Videokonferenz

Anwesend sind:

Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser	
Herr Oliver Kociolek	Grüne
Herr Tilo Siewer	Grüne
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD
Herr Daniel Schwarz	SPD
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE
Frau Petra Schrader	DIE LINKE
Herr Dimitri Golodni	CDU
Herr Clemens Torno	AfD
Frau Heidemarie Depil	JHA BD
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA stellv. BD
Frau Andrea Lang	
Herr Dirk Stiebritz	
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin
Frau Asra El-Mohamad	JHA beratendes Mitglied
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände
Herr James Rosalind	JHA beratendes Mitglied
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	Integrationsausschuss

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO

Der Vorsitzende begrüßt die Gäste. Diejenigen Tagesordnungspunkte, die einer rechts-wirksamen Beschlussfassung bedürfen, werden in der Präsenzsitzung behandelt. Unter TOP 7 wird in der heutigen Sitzung vorberaten, die Beschlussfassung erfolgt in einer Prä-senzsitzung am 13.05.2020.

Das BVV-Büro informiert zu den Regeln der Videokonferenz.

Herr Lehmann schlägt zur Tagesordnung vor, den TOP „Moabiter Kinderhof“ zu vertagen.

zu 2 Genehmigung des Protokolls

Es liegen keine Protokolle zur Genehmigung vor.

zu 3 Mitteilungen

zu 3.1 des JHA-Vorsitzenden

Die Videokonferenz sei eine Möglichkeit, sowohl die zahlreichen Gäste des Jugendhilfeausschusses (JHA) als auch die Personen, die zur Risikogruppe gehören, einzubeziehen. Der BVV-Saal im Rathaus Mitte biete den erforderlichen Raum nicht.

zu 3.2 des Bezirksamtes

Frau BzStRätin Reiser verweist auf den Sachbericht zur Entwicklung der frühen Hilfe. Die frühen Hilfen kommen bei den Familien in Mitte sehr gut an und werden von immer mehr Familien in Anspruch genommen.

Sie berichtet zudem zum aktuellen Sachstand der Rekommunalisierung. Im Auftrag des Bezirksbürgermeisters habe das Jugendamt geprüft, welche Jugendfreizeiteinrichtung dafür infrage käme. In der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Die Oase“ befinde sich bereits gestelltes Personal, sodass diese ausgewählt worden sei. Mit dem Träger HVD seien drei Gespräche geführt worden, verbunden mit der Bitte, ein Konzept zur Mitwirkung einzureichen. Ein Hauskonzept sei seitens des Jugendamts mit ersten Überlegungen entwickelt worden.

Aus dem queeren Jugendzentrum sei über die Sozialraumkoordinatorin über Vorfälle berichtet worden. Aufkleber der Jugendorganisation der NPD seien am Eingangsschild angebracht. Die Regenbogenflagge am Eingangsbereich sei mehrfach entfernt worden. Ob ein Zusammenhang bestehe, sei unklar. Die Vorfälle seien zur Anzeige gebracht worden, die Mitarbeitenden stehen in Kontakt mit der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und werden von der Sozialraumkoordinatorin unterstützt. Gemeinsam werde eine Strategie zur Handhabung mit solchen Vorfällen erarbeitet.

zu 4 Berichterstattung aus den AG'en 78

Frau Smuga, AG Familienzentren

In der aktuellen Situation der Coronakrise seien die Familienzentren sehr gefragt. Beengte Wohnsituationen und das Homeschooling seien für einige Familien sehr herausfordernd, Konflikte eskalieren. Die Isolation von Familien mit Neugeborenen erschweren den Kontakt zur Hebamme. Die Familienzentren müssen sich mit neuen Konzepten und Formaten auf die neue Situation einstellen. Vieles erfolge online, verstärke jedoch das Risiko, schwer erreichbare Zielgruppen nun noch schwerer zu erreichen. Viele Angebote können nicht übertragen werden, sondern müssen neu gedacht werden, was zusätzliche Ressourcen binde. Der nun höher gewordene Bedarf an Familienunterstützung sollte im Familienfördergesetz Berücksichtigung finden. Der JHA wird vor diesem Hintergrund dringlich gebeten, den Prozess im Rahmen des Familienfördergesetzes eng zu begleiten und die vorab übersandte fachliche Stellungnahme der AG Familienzentren zu unterstützen und zu besprechen.

Die Beratung werde vertagt, sodass das Jugendamt den aktuellen Sachstand einholen und einbringen könne.

Frau Homann, AG Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit

Die AG habe in den letzten Wochen nicht getagt. Die Jugendfreizeiteinrichtungen haben jedoch im regen Austausch miteinander gestanden. Der Kontakt mit den Jugendlichen finde hauptsächlich digital statt, was die Kontaktaufnahme zu manchen jedoch erschwere. Konzepte werden entwickelt, auch die Möglichkeit des persönlichen Kontakts unter Be-

achtung der Hygieneregeln, z.B. für die Hausaufgabenunterstützung. Die Unsicherheit sei groß, wie sich aktuelle Situation auf die klassische „offene Tür“ auswirke sowie auf die Reiseprogramme im Sommer.

Die Kinder- und Jugendlichen beteiligen sich an der Ideenentwicklung, um das Angebot an Aktivitäten weiterhin zu ermöglichen.

Der JARA-Container sei nun umgesetzt. Er stehe im hinteren Hof des Hauses der Statistik. Die Finanzierung des Nutzungsentgelts an die BIM müsse noch gelöst werden.

zu 5 Bericht zur Jugendverwaltung während der Corona-Krise

Frau Goral (BA Mitte, Jug) berichtet, dass nach dem absoluten Lockdown im März 2020 die Jugendarbeit seit April 2020 auf etwa 50% hochgefahren worden sei, was eine stufenweise Erweiterung der Angebote bedeute. Die Umsetzung erfolge in gemeinsamer Absprache mit den Akteuren vor Ort. Das Engagement, die großen Herausforderungen anzupacken, sei sehr hoch. Die Bündelung von Kompetenzen könne nur unterstützt werden. Sie verweist auf das Schreiben der Senatsjugendverwaltung vom 04. Mai 2020. Es sei nicht auszuschließen, dass die Erholungsmaßnahmen (Reisen im Sommer) doch noch möglich werden. Es werde abgewartet, welche Möglichkeiten es geben wird, sodass den Trägern noch nicht abgesagt worden sei.

Im Bezirk Mitte werden 4.800 Kinder in Kitas und 134 Kinder in der Tagespflege notbetreut (Systemrelevanz, Alleinerziehung, „Kinderschutzfälle“). Es bestehe ein weiterer Bedarf in gleicher Höhe.

Im Bezirk Mitte gebe es insgesamt 18.500 Kitaplätze und 650 Tagespflegeplätze.

Der Vorsitzende stellt in Frage, ob und falls warum die Prüfung des Anspruchs auf Notbetreuung der Kitaleitung überlassen werde. Das sollte im Amt geprüft werden.

Frau Depil (BüDep) sehe den aktuellen Prozess mit der der Kitaleitung vorzulegenden Selbsterklärung der Eltern eher positiv. Komplizierter werde es mit der Erweiterung des Zugangs, ohne gleichzeitige Regelung von Gruppengrößen u.a..

Frau Lang (BüDep) schließt sich Frau Depils Einschätzung an.

Frau Kriebel schließt sich ebenfalls an und bestätigt, dass die Kitaleitungen das bisher gut haben abschätzen können. Sie sehe ebenfalls die weitere Öffnung als problematisch an.

Frau Goral erklärt, dass dem Jugendamt die personellen Kapazitäten für die betreffende Größenordnung nicht ohne Steuerung zur Verfügung stünden.

Herr Beckmann (BA Mitte, Jug) informiert, dass seit dem heutigen Nachmittag das Schreiben zur Öffnung der Familienzentren vorliege, versandt über den Deutschen Familienverband, analog zu den Regelungen der Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit. Die stationären familienfördernden Angebote werden ab der kommenden Woche unter eingeschränkten Bedingungen geöffnet.

Frau Depil (BüDep) berichtet zu ihren Beobachtungen in Jugendclubs, dass sich die Kontaktaktivitäten in die Abend- und Nachstunden verlagert haben und Schulthemen keine präsenste Rolle spielen. Es sei daher erforderlich, die Einrichtungen wieder zu öffnen und sich ein Konzept für disziplinlose Jugendlichen zu überlegen.

Frau Homann bestätigt die Aussage.

Herr Lehmann informiert aus dem Kinderschutzbund, dass die neuen Regelungen nach § 11 und 13, insbesondere der Essensversorgung, derzeit nicht eingehalten werden können.

Frau Goral berichtet aus dem Bereich des Kinderschutzes und den Leistungen des RSD, dass nach den enormen Einschränkungen die aufsuchenden Strukturen wiederbelebt werden müssen, dass die Zugänge zum Jugendamt hier unerlässlich seien. Der RSD sei größtenteils im Homeoffice. Die entwickelten Konzepte funktionieren aufgrund technischer Schwierigkeiten zum Teil nicht.

Es gebe derzeit weniger Meldungen zu häuslicher Gewalt, dafür jedoch mehr aus der Gruppe der Nachbarn. Von einer hohen Dunkelziffer sei auszugehen. Erforderliche Hausbesuche seien unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln weiterhin erfolgt. Im Bereich der Hilfen zur Erziehung (HzE) seien die Hilfeplanungen ebenfalls weiter erfolgt. Die ambulante Hilfe sei häufig im Video- oder Telefonformat durchgeführt worden.

Neue Hilfen seien im Gegensatz zu den Presseberichten ebenfalls nicht eingestellt worden.

Ab kommender Woche werde die EFB wieder vollumfänglich erreichbar sein.

Die Jugendgerichtshilfe sei durchgehend aktiv gewesen und habe auch Gerichtstermine wahrgenommen.

Das Jugendamt ist bestrebt, einen Zugang zum Gebäude der Jugendberufsagentur zu schaffen. Das Jobcenter sei geschlossen.

Frau Goral berichtet, dass in den Zentralen Diensten zwei Teams gegründet worden seien, um Infektionsketten zu vermeiden. Offene Sprechstunden werde es noch nicht geben, es werden aber ein Alternativkonzept entwickelt. Eine persönliche Beratung erfolge ausschließlich in der ersten Etage des Rathauses Mitte. Ansonsten werde auf eine höhere telefonische Beratung umgesteuert. Es gebe derzeit noch keine über sechs Wochen hinausreichende Bearbeitungsrückstände.

Auf Nachfrage von Herrn BV Torno (AfD) informiert Frau Goral, dass es Inobhutnahmen gegeben habe. Die genauen Zahlen werden nachgereicht.

Auf Nachfrage von Herrn BV Kociolek (Bü 90/Die Grünen) bestätigt Frau Goral, dass auch aus dem Jugendamt Mitarbeiter zur Verstärkung des Gesundheitsamtes eingesetzt worden seien.

Frau Depil berichtet, dass die Mitarbeitenden in der Jugendarbeit ohne Schutzkleidung tätig waren. Sie waren sehr engagiert darin, sich selbst zu helfen. Das Engagement und der Einsatz verdiene eine Anerkennung.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass der Jugendhilfeausschuss eine Würdigung und Anerkennung formuliere und präsentiere. Es gebe große Ängste in der Bevölkerung, den Mitarbeitenden sei daher großer Dank auszusprechen für den Mut und die Überwindung eventueller Ängste, um anderen Menschen zu helfen.

zu 6 Moabiter Kinderhof

Der TOP wird vertagt.

zu 7 IBV Triftstraße - Beratung -

Die Beschlussvorlage des Bezirksamts über einen Verfahrensvorschlag liegt vor. Diese wird allen Teilnehmenden mit den Erläuterungen durch Herrn Lehmann präsentiert. (Anlage zur Sitzung).

Dem Träger werde ein 25-jähriger Nutzungsvertrag angeboten, so wie bereits dem Träger ProGemeinsinn.

Die Kitaufsicht bestätige wie bereits 2018, dass die Terrassen als Freiflächen anerkannt werden könnten.

Die Zeitschiene sei grob aufgestellt und stehe in der Verantwortung des Trägers.

Der Vorsitzende informiert, dass die Beschlussfassung der Präsenzsitzung am 13.05.2020 erfolge.

Das Meinungsbild der heute teilnehmenden 11 Stimmberechtigten zeigt eine einstimmige Zustimmung.

zu 8 Aktuelle Viertelstunde

Es liegen keine Nachfragen vor.

zu 9 Beratung von Drucksachen

**zu 9.1 Neuköllner Handlungskonzept als Vorbild für Mitte
Drucksache: 2300/V**

Der TOP wird vertagt.

zu 9.2 Erreichbarkeit von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sicherstellen

Drucksache: 2467/V

Frau BV Schrader bittet zu konkretisieren, dass es sich um die technische Ausstattung handle.

Die Sprecherin der AG Mädchen weist darauf hin, dass dringender Bedarf bestehe, da es nicht die Lösung sein kann, dass die Mitarbeitenden die privaten Handykosten und das private Datenvolumen einsetzen müssen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der BVV einstimmig die Annahme des geänderten Textes (2 Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 2 Ja-Stimmen der Fraktion der SPD, 2 Ja-Stimmen der Fraktion DIE LINKE, 1 Ja-Stimme der Fraktion der CDU, 1 Ja-Stimme der Fraktion der AfD, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

zu 10 Verschiedenes

Es liegen keine Themen vor.

gez.
Tilo Siewer
Vorsitzender

Ersek
Protokollantin